

LESEFASSUNG

Hauptsatzung der Stadt Schönebeck (Elbe)

vom 12.02.2015 (ABl. 6-1,6-2,6-3/2015), in Kraft getreten am 16.02.2015,

geändert durch Änderungssatzung

Lfd. Nr.	Ausfertigungsdatum	Amtsblatt (ABl.)	Inkrafttreten
1	02.03.2016	10/2016	07.03.2016
2	13.11.2017	50/2017	20.11.2017
3	21.06.2019	26/2019	27.06.2019
4	10.02.2020	8/2020	17.02.2020
5	16.02.2021	7/2021	22.02.2021
6	22.04.2022	18/2022	01.12.2022
7	13.01.2023	3/2023	21.01.2023

I. ABSCHNITT BENENNUNG UND HOHEITSZEICHEN

§ 1 Name, Bezeichnung

- (1) Die Gemeinde führt den Namen "Schönebeck (Elbe)" und die Bezeichnung "Stadt". Ihre erste urkundliche Erwähnung ist für das Jahr 1223 nachgewiesen.
- (2) Die Stadtteile Bad Salzelmen, Elbenau, Felgeleben, Frohse und Grünewalde führen in Verbindung mit dem Stadtnamen ihren Stadtteilnamen.

Zur Stadt Schönebeck (Elbe) gehören folgende Ortschaften:

- a) Plötzky,
- b) Pretzien,
- c) Ranies.

Die Ortschaften Plötzky, Pretzien und Ranies führen in Verbindung mit dem Stadtnamen ihren Ortschaftsnamen.

- (3) Das Gebiet der Stadt Schönebeck (Elbe) bilden die Grundstücke, die nach geltendem Recht zur Stadt Schönebeck (Elbe) gehören. Die räumliche Abgrenzung des Gemeindegebietes und seiner Ortschaften ist aus dem dieser Hauptsatzung als Anlage 1 beigefügtem Lageplan ersichtlich. Der Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2 Wappen, Flagge, Dienstsiegel

- (1) Das Stadtwappen Schönebeck (Elbe) vereint fast unverändert die Wappen der einst selbständigen Städte Schönebeck, Bad Salzelmen und Frohse.

Die Blasonierung des Wappens lautet:

Geteilt und halb gespalten, oben in Silber eine gemauerte rote Burg, die gezinnte Burgmauer besetzt mit zwei spitzbedachten Seitentürmen und einem niedrigeren Mittelurm mit linkshinweisender goldener Wetterfahne auf der Kuppel, im offenen Burgtor mit goldenen Torflügeln und hochgezogenem Fallgatter der goldene Buchstabe S; vorn unten in Rot ein mit drei goldenen Zierbändern umwundenes silbernes Stück Salz in einem goldenen Stutzkorb; hinten unten in Silber auf grünem Dreieck ein rot gekleideter und golden gekrönter König, mit einem goldenen Zepter in der Rechten auf einem goldenen Thron sitzend, beidseits des Thrones wachsend je eine grüne Rautenpflanze.

- (2) Die Flagge der Stadt Schönebeck (Elbe) zeigt die Farben rot und weiß.
- (3) Die Flagge zeigt senkrecht halbiert in optischer Mitte das Stadtwappen.
- (4) Die Stadt führt ein Dienstsiegel, welches in Form und Größe dem dieser Hauptsatzung beigedrückten Siegel gleicht.
- (5) Das Dienstsiegel enthält das Wappen mit der Umschrift "Stadt Schönebeck (Elbe)".

II. ABSCHNITT ORGANE

§ 3 Stadtrat

- (1) Der Gemeinderat der Stadt Schönebeck (Elbe) führt die Bezeichnung „Stadtrat“.
- (2) Der Stadtrat wählt aus der Mitte der ehrenamtlichen Mitglieder (Stadträte) einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter für den Verhinderungsfall. Die Stellvertreter führen nach der Reihenfolge der Vertretungsbefugnis die Bezeichnung „Erster stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates“, „Zweiter stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates“, „Dritter stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates“ bzw. „Vierter stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates“.
- (3) Der Vorsitzende und die Stellvertreter können mit der Mehrheit der Mitglieder des Stadtrates abgewählt werden. Eine Neuwahl hat unverzüglich stattzufinden.

§ 4 Zuständigkeit des Stadtrates

Der Stadtrat entscheidet über Angelegenheiten entsprechend § 45 Abs. 2 und 3 KVG LSA, soweit die Zuständigkeiten mit dieser Hauptsatzung nicht auf den Oberbürgermeister oder den Hauptausschuss übertragen werden.

§ 5 Ausschüsse des Stadtrates

- (1) Der Stadtrat bildet zur Erfüllung seiner Aufgaben die folgenden ständigen Ausschüsse:
 - (a) als beschließende Ausschüsse gemäß §§ 46, 48 KVG LSA
 - den Hauptausschuss,
 - den Betriebsausschuss "Städtischer Bauhof" für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes „Städtischer Bauhof Schönebeck“,

- den Betriebsausschuss "Kur- und Gesundheitsverwaltung" für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes „SOLEPARK Schönebeck/Bad Salzelmen“
- (b) als beratende Ausschüsse gemäß §§ 46, 49 KVG LSA
- den Fachausschuss Bau
mit den Bereichen Stadtentwicklung, Bau und Verkehr,
 - den Fachausschuss Finanzen
mit den Bereichen Finanz- und Rechnungsprüfung,
 - den Fachausschuss Wirtschaft
mit den Bereichen Wirtschaft und Tourismus,
 - den Fachausschuss Soziales
mit den Bereichen Jugend, Frauen, Senioren, Kultur, Schule und Sport.
- (2) Gemäß § 48 Abs. 4 Satz 3 KVG LSA kann ein Viertel der Mitglieder eines beschließenden Ausschusses dem Stadtrat eine Angelegenheit zur Beschlussfassung unterbreiten.

§ 6 Hauptausschuss

- (1) Die Bildung und Zusammensetzung des Hauptausschusses erfolgt gemäß § 47 Abs. 1 KVG LSA. Der Hauptausschuss setzt sich aus zehn Stadträten und dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden zusammen. Für den Verhinderungsfall beauftragt der Oberbürgermeister seinen allgemeinen Vertreter mit seiner Vertretung. Ist auch der Beauftragte verhindert, bestimmt der Ausschuss aus dem Kreis seiner stimmberechtigten Mitglieder die Person, die den Oberbürgermeister im Vorsitz vertritt.
- (2) Der Hauptausschuss berät grundsätzlich die Angelegenheiten vor, deren Entscheidung dem Stadtrat vorbehalten ist, es sei denn, die Vorberatung erfolgt gemäß § 7 Abs. 4 Satz 2 durch einen Betriebsausschuss oder gemäß § 8 Abs. 1 durch einen beratenden Ausschuss. Zu den Angelegenheiten, die demnach vom Hauptausschuss vorberaten werden, gehören auch Themen
- des allgemeinen Ordnungsrechts,
 - der Hoch- und Grundwasserschutzmaßnahmen,
 - des Natur-, Umwelt- und Tierschutzes,
 - der Feuer- und Wasserwehren,
 - der Organisation der Gefahrenabwehr,
- soweit der Stadtrat zuständig ist.
- (3) Der Hauptausschuss entscheidet,
- (a) in Angelegenheiten des § 45 Abs. 2 Nr. 16 KVG LSA:
1. bei Verzicht auf Ansprüche der Stadt, die im Einzelfall einen Wertumfang von 5.000 Euro bis unter 10.000 Euro haben,
 2. bei Abschluss oder Ablehnung von Vergleichen, die im Einzelfall einen Wertumfang von 10.000 Euro bis unter 20.000 Euro haben,

- (b) in Angelegenheiten des § 45 Abs. 2 Nr. 19 KVG LSA bei Einleitung eines Gerichtsverfahrens mit einem Streitwert von 375.000 Euro bis unter 750.000 Euro, soweit der Rechtsstreit nicht von erheblicher Bedeutung ist,
- (c) in Angelegenheiten des § 45 Abs. 5 Ziff. 1 KVG:
1. über die Ernennung, Einstellung, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung, ausgenommen die Entlassung innerhalb oder mit Ablauf der Probezeit, der Beamten der Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt (Besoldungsgruppen A 10 bis A 12 Landesbesoldungsgesetz (LBesG LSA),
 2. über die unbefristete Einstellung und Entlassung, ausgenommen die Entlassung innerhalb oder mit Ablauf der Probezeit, der Arbeitnehmer in vergleichbaren Entgeltgruppen (EG 10 bis EG 12 Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD)) jeweils im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister; das Gleiche gilt für die nicht nur vorübergehende Übertragung einer anders bewerteten Tätigkeit bei diesen Arbeitnehmern sowie die Festsetzung des Entgeltes, sofern kein Anspruch auf Grund eines Tarifvertrages besteht,
- (d) über die Vergabe von Aufträgen mit einem Wertumfang von im Einzelfall
1. ab 500.000 Euro bis 1.000.000 Euro im Rahmen der VOB/A,
 2. ab 250.000 Euro bis 500.000 Euro für sonstige Verträge im Rahmen der VOL/A,
- (e) entsprechend § 105 Abs. 1 KVG LSA über über- und außerplanmäßige Aufwendungen des Ergebnishaushaltes und Auszahlungen des Finanzhaushaltes und gemäß § 107 Abs. 5 KVG LSA über über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, im Einzelfall von 100.000 Euro bis unter 200.000 Euro,
- (f) über den Abschluss von Verträgen mit einem Wertumfang im Einzelfall von 150.000 Euro bis unter 300.000 Euro.

§ 7 Eigenbetriebsausschüsse

(1) Die Stadt unterhält folgende Eigenbetriebe:

- Eigenbetrieb „Städtischer Bauhof Schönebeck“,
- Eigenbetrieb „SOLEPARK Schönebeck/Bad Salzelmen“.

Nach den Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes wird für jeden Eigenbetrieb ein Betriebsausschuss gebildet.

(2) Der Betriebsausschuss "Städtischer Bauhof" setzt sich auf der Grundlage des § 8 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) i.V.m. § 5 der Betriebssatzung aus insgesamt acht Mitgliedern zusammen:

- dem Vorsitzenden (Oberbürgermeister),
- den sechs ehrenamtlichen Mitgliedern des Stadtrates,
- dem Beschäftigten des Eigenbetriebes.

- (3) Der Betriebsausschuss "Kur- und Gesundheitsverwaltung" setzt sich auf der Grundlage des § 8 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) i.V.m. § 5 der Betriebssatzung aus insgesamt acht Mitgliedern zusammen:
- dem Vorsitzenden (Oberbürgermeister),
 - den sechs ehrenamtlichen Mitgliedern des Stadtrates,
 - dem Beschäftigten des Eigenbetriebes.
- (4) Die Bildung und Zusammensetzung der Ausschüsse erfolgt gemäß § 47 Abs. 1 KVG LSA. Die Zuständigkeiten der Betriebsausschüsse bestimmen sich nach den gesetzlichen Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes und der jeweiligen Betriebssatzung.

§ 8 Beratende Ausschüsse

- (1) Die Bildung und Zusammensetzung der beratenden Ausschüsse erfolgt gemäß § 47 Abs. 1 KVG LSA. Den nachfolgend genannten Ausschüssen sitzt ein ehrenamtliches Mitglied des Stadtrates gemäß § 49 Abs. 2 Satz 2 KVG LSA vor:
- den Fachausschuss Bau sieben ehrenamtliche Mitglieder
Seine Aufgabenbereiche sind insbesondere:
 - die Stadtentwicklung
 - das allgemeine Baugeschehen
 - die Verkehrsinfrastruktur
 - die Immobilien und Liegenschaften
 - der bauliche Hoch- und Grundwasserschutz
 - den Fachausschuss Finanzen sieben ehrenamtliche Mitglieder
Seine Aufgabenbereiche sind insbesondere:
 - Allgemeine Finanz- und Haushaltsangelegenheiten
 - die Haushaltsplanung
 - die Budgetkontrolle
 - Abgaben und Gebühren
 - Rechnungsprüfung
 - den Fachausschuss Wirtschaft sieben ehrenamtliche Mitglieder
Seine Aufgabenbereiche sind insbesondere:
 - die Wirtschaftsansiedlung und -förderung
 - der Tourismusausbau
 - die Kommunikationswegeentwicklung
 - der Marketingauf- und -ausbau
 - den Fachausschuss Soziales zehn ehrenamtliche Mitglieder
Seine Aufgabenbereiche sind insbesondere:
 - Kinder, Jugend und Frauen
 - Senioren
 - Menschen mit Behinderung
 - Kulturangelegenheiten

- Sportangelegenheiten
- Schul- und Bildungsangelegenheiten

Der Oberbürgermeister kann jederzeit an den Sitzungen der beratenden Ausschüsse teilnehmen. Auf Verlangen ist ihm das Wort zu erteilen.

- (2) In den Fachausschuss Soziales und in den Fachausschuss Bau können gemäß § 49 Abs. 3 KVG LSA jeweils drei sachkundige Einwohner mit beratender Stimme widerruflich berufen werden. Für die Berufung gilt § 47 Abs. 1 KVG LSA entsprechend. Der Stadtrat stellt die Vertretung der Mitgliedschaft der sachkundigen Einwohner durch Abstimmung fest. Die Amtszeit der sachkundigen Einwohner endet, sofern ihre Berufung zuvor nicht widerrufen wird, mit Zusammentritt des neu gewählten Stadtrates. Der Stadtseniorenrat und der Kinder- und Jugendbeirat können jeweils ein Mitglied als Interessenvertreter in den Fachausschuss Soziales entsenden. Der Stadtrat stellt die Interessenvertretung durch Abstimmung fest. Die Entsendung endet, sofern sie nicht widerrufen wird, mit dem Zusammentritt des neu gewählten Stadtrates.
- (3) Die Vorsitze, denen ein ehrenamtliches Mitglied des Stadtrates vorsitzt, werden den Fraktionen im Stadtrat in der Reihenfolge der Höchstzahlen nach d'Hondt zugeteilt. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, das der Vorsitzende des Stadtrates zieht. Die Fraktionen benennen die Ausschüsse, deren Vorsitze sie beanspruchen, in der Reihenfolge der Höchstzahlen und bestimmen den Vorsitzenden aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden Stadträte.
- (4) Die Ausschüsse bestimmen durch Mehrheitsbeschluss der anwesenden ehrenamtlichen Mitglieder aus ihrer Mitte jeweils zwei stellvertretende Vorsitzende.
- (5) Der Stadtrat kann nach Bedarf weitere zeitweilige Ausschüsse bilden.

§ 9 Seniorenrat

- (1) Zur Wahrnehmung der Interessen der älteren Einwohnerinnen und Einwohner besteht in der Stadt Schönebeck (Elbe) durch Beschluss des Stadtrates vom 26.10.1995 ein Stadtseniorenrat.
- (2) Der Stadtseniorenrat ist die Interessenvertretung der Senioren der Stadt Schönebeck (Elbe), die das 60. Lebensjahr überschritten haben oder sich aufgrund gesetzlicher Bestimmungen im Altersruhestand befinden. Er soll das Interesse der Senioren an der Lösung kommunaler Aufgaben fördern sowie die Belange der älteren Einwohner gegenüber dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und der Öffentlichkeit vertreten. Die Tätigkeit der Mitglieder des Stadtseniorenrates ist ehrenamtlich.
- (3) Der Stadtseniorenrat ist in Ausübung seiner Aufgaben unabhängig. Näheres regelt die Satzung des Stadtseniorenrates der Stadt Schönebeck (Elbe) in der jeweils geltenden Fassung.
- (4) Der Stadtseniorenrat kann bei allen die Seniorinnen und Senioren betreffenden Fragen oder Entscheidungen Stellung nehmen. Er informiert sich über die Tagesordnungspunkte der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse. Der vom Stadtrat bestätigte Vertreter des Seniorenrates kann in den beratenden und beschließenden Ausschüssen sowie im Stadtrat im Einzelfall Rederecht zu Angelegenheiten seines Wirkungskreises

erhalten. Dazu stellt er einen entsprechenden Antrag an den Vorsitzenden des jeweiligen Gremiums. Das Gremium beschließt auf Vorschlag seines Vorsitzenden zu Beginn der Beratung des jeweiligen Tagesordnungspunktes über diesen Antrag. Dem Antrag soll in der Regel entsprochen werden.

- (5) Die ehrenamtliche Arbeit des Stadtseniorenrates wird durch die Stadt finanziell nach Maßgabe des Haushaltes unterstützt. Er hat einen ständigen Ansprechpartner in der Stadtverwaltung.

§ 10 Kinder- und Jugendbeirat

- (1) Zur Wahrnehmung der Interessen der Kinder und Jugendlichen besteht in der Stadt Schönebeck (Elbe) durch Beschluss des Stadtrates vom 18.12.2014 ein Kinder- und Jugendbeirat.
- (2) Näheres zur Bildung, den Aufgaben und zu den Mitgliedern des Beirates wird in der Satzung des Kinder- und Jugendbeirates geregelt. Die Tätigkeit der Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates ist ehrenamtlich.
- (3) Der Kinder- und Jugendbeirat ist in Ausübung seiner Aufgaben unabhängig.
- (4) Der Kinder- und Jugendbeirat kann bei allen Kinder und Jugendlichen betreffenden Fragen oder Entscheidungen des Stadtrates Stellung nehmen. Er informiert sich über die Tagesordnungspunkte der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse. Der vom Stadtrat bestätigte Vertreter des Kinder- und Jugendbeirates kann in den beratenden und beschließenden Ausschüssen sowie im Stadtrat im Einzelfall Rederecht zu Angelegenheiten seines Wirkungskreises erhalten. Dazu stellt er einen entsprechenden Antrag an den Vorsitzenden des jeweiligen Gremiums. Das Gremium beschließt auf Vorschlag seines Vorsitzenden zu Beginn der Beratung des jeweiligen Tagesordnungspunktes über diesen Antrag. Dem Antrag soll in der Regel entsprochen werden.
- (5) Die ehrenamtliche Arbeit des Kinder- und Jugendbeirates wird durch die Stadt finanziell nach Maßgabe des Haushaltes unterstützt. Er hat einen ständigen Ansprechpartner in der Stadtverwaltung.

§ 11 Geschäftsordnung

Das Verfahren im Stadtrat und in den Ausschüssen regelt eine vom Stadtrat zu beschließende Geschäftsordnung.

§ 12 Oberbürgermeister

- (1) Der Oberbürgermeister entscheidet über Geschäfte der laufenden Verwaltung. Hierzu gehören die regelmäßig wiederkehrenden Geschäfte, die nicht von grundsätzlicher, über den Einzelfall hinausgehender Bedeutung sind und deshalb eine besondere Beurteilung erfordern, sondern nach bereits festgelegten Grundsätzen entschieden werden und für die Stadt sachlich und finanziell nicht von erheblicher Bedeutung sind.
- (2) Der Oberbürgermeister entscheidet:

- (a) entsprechend § 105 Abs. 1 KVG LSA über über- und außerplanmäßige Aufwendungen des Ergebnishaushaltes und Auszahlungen des Finanzhaushaltes, die im Einzelfall 100.000 Euro nicht übersteigen,
 - (b) entsprechend § 45 Abs. 2 Nr. 4 KVG LSA i.V.m. § 107 Abs. 5 KVG LSA über über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, die im Einzelfall 100.000 Euro nicht übersteigen,
 - (c) in Angelegenheiten des § 45 Abs. 2 Nr. 7 KVG LSA über
 1. die Verfügung von Rechten an Grundstücken im Einzelfall bis zu einer Wertgrenze von 5.000 Euro,
 2. Darlehen im Einzelfall bis zu einer Wertgrenze von 2.500 Euro,
 3. die Verfügung über bewegliches Sachanlagevermögen, Gebäudeteile und Betriebsvorrichtungen, sofern diese nicht mehr für die Nutzung erforderlich sind, im Einzelfall bis zu einer Wertgrenze von 5.000 Euro,
 - (d) in Angelegenheiten des § 45 Abs. 2 Nr. 13 KVG LSA über Verträge der Stadt mit Mitgliedern des Stadtrates, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen und mit dem Oberbürgermeister, soweit es sich um Verträge auf Grund einer förmlichen Ausschreibung oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung mit einem Vermögenswert im Einzelfall unter 7.500 Euro handelt,
 - (e) in Angelegenheiten des § 45 Abs. 2 Nr. 16 KVG LSA:
 1. bei Verzicht auf Ansprüche der Stadt im Einzelfall mit einem Wertumfang unter 5.000 Euro,
 2. bei Abschluss oder Ablehnung von Vergleichen im Einzelfall mit einem Wertumfang unter 10.000 Euro,
 - (f) in Angelegenheiten des § 45 Abs. 2 Nr. 19 KVG LSA über die Einleitung eines Gerichtsverfahrens bei einem Streitwert unter 375.000 Euro, soweit der Rechtsstreit nicht von erheblicher Bedeutung ist; der Oberbürgermeister unterrichtet den Stadtrat über Rechtsstreitigkeiten mit einem Streitwert ab 50.000 Euro,
 - (g)
 1. über die Ernennung, Einstellung, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung der Beamten der Laufbahngruppe 1 erstes Einstiegsamt und zweites Einstiegsamt (Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 LBesG LSA) sowie der Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 9 LBesG LSA,
 2. sowie über die unbefristete Einstellung und Entlassung der Arbeitnehmer in vergleichbaren Entgeltgruppen (EG 1 bis EG 9c TVöD); das Gleiche gilt für die nicht nur vorübergehende Übertragung einer anders bewerteten Tätigkeit bei diesen Arbeitnehmern sowie die Festsetzung des Entgeltes, sofern kein Anspruch auf Grund eines Tarifvertrages besteht.
- (3) Der Stadtrat überträgt, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, folgende weitere Geschäfte auf den Oberbürgermeister:

- (a) die Erteilung des Einvernehmens zur Zulassung von Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen eines Bebauungsplanes nach § 31 in Verbindung mit § 36 Baugesetzbuch (BauGB),
- (b) die Erteilung des Einvernehmens zur Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre nach § 14 Abs. 2 BauGB,
- (c) die Erteilung des Einvernehmens zur Zulassung von Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 33 in Verbindung mit § 36 BauGB,
- (d) die Erteilung des Einvernehmens zur Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 in Verbindung mit § 36 BauGB,
- (e) die Erteilung des Einvernehmens zur Zulassung von Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 in Verbindung mit § 36 BauGB,
- (f) die Zurückstellung von Baugesuchen gemäß § 15 BauGB,
- (g) die Eintragung von Baulasten zu Lasten stadteigener Grundstücke in das Baulastenkataster, im Einzelfall mit einer Wertgrenze bis zu 5.000 Euro,
- (h) den Abschluss von städtebaulichen Verträgen entsprechend § 11 Abs. 1, Satz 1 BauGB,
- (i) den Abschluss von Kreuzungsvereinbarungen mit Baulastträgern von Kreis-, Landes- und Bundesstraßen, soweit die Finanzierung durch Bereitstellung entsprechender Mittel im Haushalt gesichert ist,
- (j) den Abschluss von Kreuzungsvereinbarungen mit Eigentümern von Schienenwegen, soweit die Finanzierung durch Bereitstellung entsprechender Mittel im Haushalt gesichert ist,
- (k) den Abschluss von Erschließungsverträgen auf der Grundlage des § 11 BauGB, soweit der Erschließungsträger sich verpflichtet, die Erschließungskosten ganz zu tragen,
- (l) die Vergabe von Aufträgen mit einem Wertumfang von im Einzelfall
 1. unter 500.000 Euro im Rahmen der VOB/A,
 2. unter 250.000 Euro für sonstige Verträge nach VOL/A.
- (m) den Abschluss von Verträgen mit einem Wertumfang im Einzelfall unter 150.000 Euro,
- (n) die Gewährung von Zuwendungen an Dritte auf der Grundlage der vom Stadtrat erlassenen Förderrichtlinien in den jeweils geltenden Fassungen,
- (o) die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zur Erfüllung von Aufgaben der Stadt einschließlich der Eigenbetriebe bei einem Vermögenswert im Einzelfall bis zu 1.000 Euro gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA,
- (p) die Erteilung des Einvernehmens zu den Vereinbarungen über den Betrieb der Tageseinrichtungen nach den §§ 78 b bis 78 e des Achten Buches Sozialgesetzbuch

zwischen dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und dem Träger von Tageseinrichtungen gemäß § 11a Kinderförderungsgesetz (KiföG),

- (q) über die Vergabe von Aufträgen für Energieverträge (Strom, Gas, Fernwärme) nach VOL/A. Der Oberbürgermeister berichtet spätestens in der übernächsten Sitzung über die Vergabe bis zu einem Betrag von 1.000.000 € dem Hauptausschuss und über diesen Betrag hinaus dem Stadtrat im nichtöffentlichen Teil.
- (4) Jedes ehrenamtliche Mitglied des Stadtrates kann zur eigenen Unterrichtung von dem Oberbürgermeister Auskunft verlangen. Können Anfragen der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates nicht sofort mündlich beantwortet werden, so antwortet der Oberbürgermeister in der Regel innerhalb von einem Monat schriftlich. Die Monatsfrist kann in sachlich begründeten Fällen, z.B. zur Einholung von Stellungnahmen Dritter, überschritten werden.
- (5) Der Oberbürgermeister trägt bei feierlichen Anlässen die Amtskette der Stadt Schönebeck (Elbe).

§ 13

Allgemeine Vertretung des Oberbürgermeisters

Der Stadtrat wählt einen Beschäftigten als allgemeine Vertretung des Oberbürgermeisters für den Verhinderungsfall. Darüber hinaus kann der Stadtrat einen weiteren Vertreter des Oberbürgermeisters aus dem Kreis der Beschäftigten für den Verhinderungsfall wählen.

§ 14

Gleichstellungs- und Inklusionsbeauftragte

- (1) Zur Verwirklichung des Grundrechtes der Gleichberechtigung von Frauen und Männern bestellt der Stadtrat im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister eine Gleichstellungsbeauftragte, die hauptamtlich tätig ist.
- (2) Die Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten ist widerruflich. Über die Abberufung entscheidet der Stadtrat im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister. Einer Abberufung bedarf es nicht bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist in Ausübung ihrer Tätigkeit nicht weisungsgebunden. An den Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse kann sie teilnehmen, soweit ihr Aufgabenbereich betroffen ist. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen. Die Gleichstellungsbeauftragte ist unmittelbar dem Oberbürgermeister unterstellt.
- (4) Zur Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am Leben der Stadt, bestellt der Stadtrat im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister eine/einen Inklusionsbeauftragte(n), die/der ehrenamtlich tätig ist. § 14 Absatz 3 Satz 1 bis 3 gilt entsprechend.

III. ABSCHNITT EINWOHNER UND BÜRGER

§ 15

Einwohnerversammlung

- (1) Über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt können die Einwohner auch durch Einwohnerversammlungen unterrichtet werden. Der Oberbürgermeister beruft die Einwohnerversammlungen ein. Er setzt die Gesprächsgegenstände sowie Ort und Zeit der Veranstaltung fest. Die Einladung ist gemäß § 23 Abs. 1 bekanntzumachen und soll in der Regel 14 Tage vor Beginn der Veranstaltung erfolgen. Die Einladungsfrist kann bei besonderer Dringlichkeit auf drei Tage verkürzt werden.
- (2) Die Einwohnerversammlungen können auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden.
- (3) Der Oberbürgermeister unterrichtet den Stadtrat in seiner nächsten Sitzung über den Ablauf der Einwohnerversammlung und die wesentlichen Ergebnisse.

§ 16 Einwohnerfragestunde

In jeder Stadtratssitzung sowie in jeder Ausschusssitzung wird gemäß § 28 Abs. 2 KVG LSA eine Einwohnerfragestunde durchgeführt. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

§ 17 Bürgerbefragung

Eine Bürgerbefragung nach § 28 Abs. 3 KVG LSA kann zu Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Stadt erfolgen. Sie kann nur auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses durchgeführt werden, in dem die mit „ja“ oder „nein“ zu beantwortende Frage formuliert ist und insbesondere festgelegt wird, ob die Befragung als Onlineabstimmung oder im schriftlichen Verfahren erfolgt, in welchem Zeitraum die Befragung durchgeführt wird und in welcher Form das Abstimmungsergebnis bekanntzugeben ist. In dem Beschluss sind auch die voraussichtlichen Kosten der Befragung darzustellen.

§ 18 Ehrenbürger

Die Verleihung oder Aberkennung des Ehrenbürgerrechtes oder der Ehrenbezeichnung der Stadt Schönebeck (Elbe) bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder des Stadtrates. Näheres regelt die Satzung für die Verleihung von Ehrenbürgerrechten und Ehrenbezeichnungen in der Stadt Schönebeck (Elbe) in der jeweils geltenden Fassung.

IV. ABSCHNITT ORTSCHAFTSVERFASSUNG

§ 19 Ortschaftsverfassung

- (1) In den Ortschaften Plötzky, Pretzien und Ranies gilt die Ortschaftsverfassung gemäß §§ 81 ff. KVG LSA.
- (2) In den Ortschaften werden Ortschaftsräte gewählt. Die Zahl der Mitglieder in den Ortschaftsräten wird wie folgt festgelegt:
 - (a) Plötzky sieben Ortschaftsräte
(einschließlich Ortsbürgermeister),

- (b) Pretzien sieben Ortschaftsräte
(einschließlich Ortsbürgermeister)
 - (c) Ranies fünf Ortschaftsräte
(einschließlich Ortsbürgermeister)
- (3) Die Ortschaftsräte wählen in der ersten Sitzung jeweils aus ihrer Mitte für die Dauer der Wahlperiode den Ortsbürgermeister und zwei Stellvertreter. Die Stellvertreter führen die Bezeichnung „Erster stellvertretender Ortsbürgermeister“ bzw. „Zweiter stellvertretender Ortsbürgermeister“.

§ 20

Anhörung der Ortschaftsräte

Die Anhörung der Ortschaftsräte gemäß § 84 Abs. 2 KVG LSA findet nach folgendem Verfahren statt:

1. Die Anhörung wird durch den Oberbürgermeister eingeleitet, der dem Ortsbürgermeister die zur Entscheidung anstehenden Angelegenheiten darstellt und begründet.
2. Der Ortsbürgermeister informiert den Ortschaftsrat in einer Sitzung, die spätestens einen Monat nach Einleitung des Anhörungsverfahrens stattfindet und bittet um Meinungsbildung. In Angelegenheiten, die wegen besonderer Dringlichkeit keinen Aufschub dulden, kann der Oberbürgermeister die Frist nach Satz 1 angemessen verkürzen. Im Falle des festgestellten Vorliegens einer außergewöhnlichen Notsituation nach § 56a Abs. 1 KVG LSA kann der Ortschaftsrat im jeweiligen Einzelfall in Abhängigkeit von der die Ortschaft betreffenden Angelegenheit oder durch einen Grundsatzbeschluss entscheiden, dass der Ortsbürgermeister an seiner Stelle angehört wird.
3. Das Ergebnis der Beratungen des Ortschaftsrates übermittelt der Ortsbürgermeister unverzüglich, spätestens am zweiten Werktag nach der Sitzung, an den Oberbürgermeister, der, sofern er nicht selbst zuständig ist, dem Stadtrat oder dem beschließenden Ausschuss vor der Entscheidung über das Ergebnis der Anhörung berichtet.

§ 21

Aufgaben der Ortschaftsräte

- (1) Die Stadt Schönebeck (Elbe) überträgt den Ortschaftsräten entsprechend § 84 Abs. 3 KVG LSA folgende Angelegenheiten zur Entscheidung im Rahmen der ihnen zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel unter Berücksichtigung der Belange der gesamten Stadt:
 - (a) die Ausgestaltung, Unterhaltung und Benutzung der in der Ortschaft gelegenen öffentlichen Einrichtungen einschließlich Gemeindestraßen, die Festlegung der Reihenfolge zum Um- und Ausbau sowie Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen, Wegen und Plätzen, soweit deren Bedeutung nicht über den Bereich der Ortschaft hinausgeht, einschließlich der Beleuchtungseinrichtungen,
 - (b) die Pflege des Ortsbildes sowie die Teilnahme an Dorfverschönerungswettbewerben,

- (c) die Förderung und Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege, des örtlichen Brauchtums und der kulturellen Tradition sowie die Förderung der örtlichen Vereinigungen und die Entwicklung des kulturellen Lebens.
- (2) Der Ortsbürgermeister nimmt die Aufgaben gemäß § 85 KVG LSA wahr. Bei repräsentativen Anlässen in der Ortschaft soll der Ortsbürgermeister angemessen hinzugezogen und beteiligt werden.
- (3) Die Stadt Schönebeck (Elbe) entsendet die jeweiligen Ortsbürgermeister gemäß § 131 Abs. 1 KVG LSA i.V.m. den jeweiligen Gebietsänderungsverträgen als weitere Vertreter in die Gesellschafterversammlung der Elbaue Naherholungsförderungsgesellschaft mbH. Die Ortschaftsräte sind vor Aufstellung des Haushaltsplanes zu den Finanzbedarfen der Ortschaften zu hören.

§ 22 Einwohnerfragestunden in den Ortschaften

Auf Beschluss der Ortschaftsräte Plötzky, Pretzien und Ranies sind im Rahmen der ordentlichen öffentlichen Sitzungen Fragestunden für die Einwohner, die in der jeweiligen Ortschaft wohnen, nach folgendem Verfahren durchzuführen:

a) Ortschaft Plötzky

1. Der Ortsbürgermeister legt in der Einladung zur Sitzung den Beginn der Fragestunde fest. Er stellt in der Sitzung den Beginn und das Ende der Fragestunde fest. Findet sich zu Beginn der Fragestunde kein Einwohner ein, der in der Ortschaft wohnt, kann sie geschlossen werden. Die Fragestunde soll auf höchstens 30 Minuten begrenzt sein.
2. Jeder Einwohner der Stadt, der in der Ortschaft wohnt, ist berechtigt, grundsätzlich drei Fragen zu stellen. Zugelassen werden nur Fragen von allgemeinem Interesse, die Angelegenheiten der Ortschaft betreffen. Bestehen Zweifel, dass der Fragesteller Einwohner der Ortschaft ist, so hat sich dieser gegenüber einem Beauftragten der Stadt auszuweisen. Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Fragestellers erfolgt auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 c) der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und nur zum Zwecke der schriftlichen Beantwortung der Anfrage, sofern diese nicht sofort und vollständig mündlich beantwortet werden kann. Nach Beantwortung werden die Daten gelöscht bzw. anonymisiert. In der Niederschrift werden nur anonymisierte Daten übernommen. Angelegenheiten der Tagesordnung können Gegenstand der Fragestunde sein.
3. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in der Regel mündlich durch den Ortsbürgermeister, den Oberbürgermeister oder einem vom Oberbürgermeister beauftragten Vertreter. Eine Aussprache findet nicht statt. Ist die Beantwortung der Frage in der Sitzung nicht möglich, erhält der Fragesteller eine schriftliche Antwort durch den Oberbürgermeister, die innerhalb von sechs Wochen erteilt werden muss.

b) Ortschaft Pretzien

1. Der Ortsbürgermeister legt in der Einladung zur Sitzung den Beginn der Fragestunde fest. Er stellt in der Sitzung den Beginn und das Ende der Fragestunde fest. Findet sich zu Beginn der Fragestunde kein Einwohner ein, der in der Ortschaft wohnt, kann sie geschlossen werden. Die Fragestunde soll auf höchstens 30 Minuten begrenzt sein.

2. Jeder Einwohner der Stadt, der in der Ortschaft wohnt, ist berechtigt grundsätzlich drei Fragen zu stellen. Zugelassen werden nur Fragen von allgemeinem Interesse, die Angelegenheiten der Ortschaft betreffen. Bestehen Zweifel, dass der Fragesteller Einwohner der Ortschaft ist, so hat sich dieser gegenüber einem Beauftragten der Stadt auszuweisen. Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Fragestellers erfolgt auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 c) der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und nur zum Zwecke der schriftlichen Beantwortung der Anfrage, sofern diese nicht sofort und vollständig mündlich beantwortet werden kann. Nach Beantwortung werden die Daten gelöscht bzw. anonymisiert. In der Niederschrift werden nur anonymisierte Daten übernommen. Angelegenheiten der Tagesordnung können nicht Gegenstand der Fragestunde sein.
3. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in der Regel mündlich durch den Ortsbürgermeister, den Oberbürgermeister oder einem vom Oberbürgermeister beauftragten Vertreter. Eine Aussprache findet nicht statt. Ist die Beantwortung der Frage in der Sitzung nicht möglich, erhält der Fragesteller eine schriftliche Antwort durch den Oberbürgermeister, die innerhalb von sechs Wochen erteilt werden muss.

c) Ortschaft Ranies

1. Der Ortsbürgermeister legt in der Einladung zur Sitzung den Beginn der Fragestunde fest. Er stellt in der Sitzung den Beginn und das Ende der Fragestunde fest. Findet sich zu Beginn der Fragestunde kein Einwohner ein, der in der Ortschaft wohnt, kann sie geschlossen werden. Die Fragestunde soll auf höchstens 30 Minuten begrenzt sein.
2. Jeder Einwohner der Stadt, der in der Ortschaft wohnt, ist berechtigt grundsätzlich drei Fragen zu stellen. Zugelassen werden nur Fragen von allgemeinem Interesse, die Angelegenheiten der Ortschaft betreffen. Bestehen Zweifel, dass der Fragesteller Einwohner der Ortschaft ist, so hat sich dieser gegenüber einem Beauftragten der Stadt auszuweisen. Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Fragestellers erfolgt auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 c) der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und nur zum Zwecke der schriftlichen Beantwortung der Anfrage, sofern diese nicht sofort und vollständig mündlich beantwortet werden kann. Nach Beantwortung werden die Daten gelöscht bzw. anonymisiert. In der Niederschrift werden nur anonymisierte Daten übernommen. Angelegenheiten der Tagesordnung können Gegenstand der Fragestunde sein.
3. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in der Regel mündlich durch den Ortsbürgermeister, den Oberbürgermeister oder einem vom Oberbürgermeister beauftragten Vertreter. Eine Aussprache findet nicht statt. Ist die Beantwortung der Frage in der Sitzung nicht möglich, erhält der Fragesteller eine schriftliche Antwort durch den Oberbürgermeister, die innerhalb von sechs Wochen erteilt werden muss.

V. ABSCHNITT BEKANNTMACHUNGEN

§ 23

- (1) Soweit nicht Rechtsvorschriften besondere Regelungen treffen, erfolgen die gesetzlich erforderlichen Bekanntmachungen im Amtsblatt der Stadt Schönebeck (Elbe).

Das Amtsblatt erscheint je nach Bedarf und wird unter www.schoenebeck.de zugänglich gemacht. Weitere Bekanntmachungen nach Absatz 1 Satz 1 können ebenfalls unter www.schoenebeck.de zugänglich gemacht werden.

Die bekannt gemachten Regelungen und das Amtsblatt können auch während der allgemeinen öffentlichen Sprechzeiten in der Stadtverwaltung Schönebeck (Elbe), bei der Stabsstelle für Presse und Präsentation, Markt 1, 39218 Schönebeck (Elbe) eingesehen und kostenpflichtig kopiert werden.

- (2) Pläne, Karten oder Zeichnungen sowie Begründungen oder Erläuterungen, die als Bestandteile von Satzungen bekannt zu machen sind, werden, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, für zwei Wochen in der Stadtverwaltung Schönebeck (Elbe), Stabsstelle für Presse und Präsentation, 39218 Schönebeck (Elbe), zu jedermanns Einsicht während der allgemeinen öffentlichen Sprechzeiten ausgelegt (Ersatzbekanntmachung). Der Inhalt der nach Satz 1 bekannt zu machenden Unterlagen ist im textlichen Teil der Satzung hinreichend zu umschreiben und Ort und Dauer der Auslegung werden im Amtsblatt bekannt gemacht. Am Folgetag des Tages, an dem der Auslegungszeitraum endet, gelten diese Unterlagen als bekannt gemacht. Die Sätze 1 bis 3 gelten für Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen entsprechend, soweit andere Rechtsvorschriften keine abweichenden Bestimmungen enthalten.
- (3) Die Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse und der Ortschaftsräte sowie von Zeitpunkt und Abstimmungsgegenständen der Beschlussfassung im Wege eines schriftlichen oder elektronischen Verfahrens gemäß § 56a Abs. 3 KVG LSA erfolgen im Amtsblatt und nachrichtlich im Internet unter www.schoenebeck.de.

Wird die Sitzung gemäß § 56a Abs. 2 KVG LSA als Videokonferenz durchgeführt, so erfolgt in der Bekanntmachung ein Hinweis, in welcher Weise der öffentliche Teil der Videokonferenzsitzung verfolgt werden kann.

VI. ABSCHNITT SCHLUSSVORSCHRIFTEN

§ 24 Gleichstellungsklausel

Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten jeweils für Personen mit männlichem, weiblichem und diversem Geschlecht sowie für Personen ohne Geschlechtsangabe.

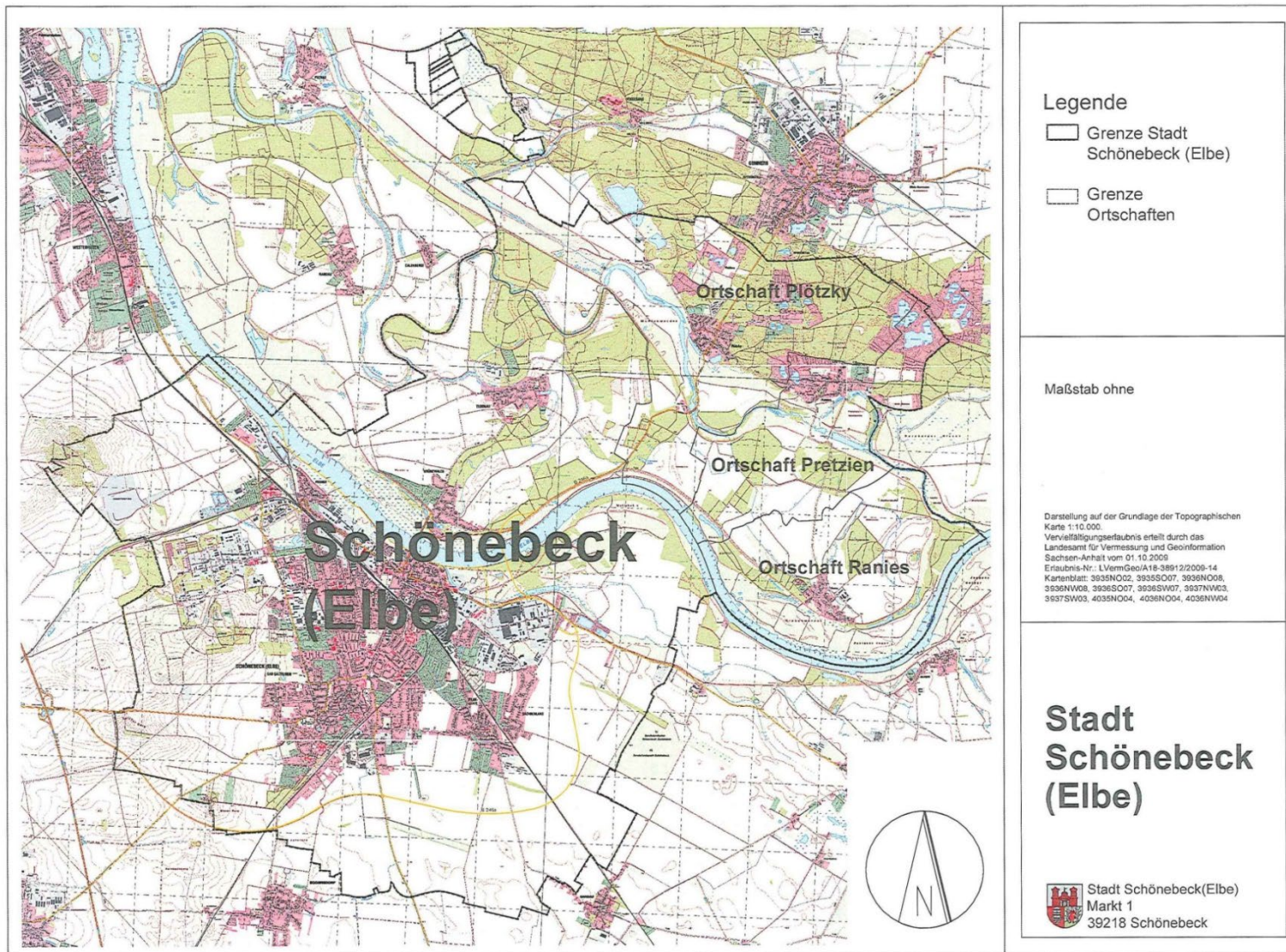
§ 25 Sonstiges

Euro-Beträge in dieser Satzung verstehen sich als Netto-Beträge, sofern umsatzsteuerrelevant.

§ 26 Inkrafttreten

(...)

Anlage 1



Abdruck Dienstsiegel:

